Assad bei Gedenkfeier im Mai

AY-COLLECTION / SIPA PRESS

SYRIEN

Drohgesten aus Damaskus

Es war ein irritierender Satz, den Syriens Präsident Baschar al-Assad in einem Interview mit dem russischen TV-Sender Rossija 24 sagte: Nachdem er „den Führern jener Länder“, aus denen die syrische Revolution Unterstützung erhalte, angedroht hatte, „wenn ihr Chaos in Syrien sät, wird es euch selbst treffen“, setzte er nach und sagte: „Sie verstehen das sehr genau.“ Wie das gemeint war, bekamen die Bewohner der nordlibanesischen Stadt Tripoli zu spüren: Eine kleine Provokation genügte, um in der Stadt die schwersten Kämpfe seit Jahren ausbrechen zu lassen. Bis zum Freitag fielen ihnen elf Menschen zum Opfer. Am 12. Mai hatten Agenten der Assad-nahen Sicherheitsbehörde Sûreté Générale einen bis dahin unbekannten Islamisten in Tripoli festgenommen. Sie hatten sich als Mitarbeiter einer Wohlfahrtsorganisation ausgegeben und den Mann zu einem Büro gelockt, wo er Unterstützung für seine kranke Tochter erhalten sollte. Vor allem diese Art der Festnahme sorgte für Empörung. Und ein schon seit Monaten in Tripoli gärender Konflikt zwischen Sunniten und Alawiten schlug in offene Kämpfe um. Libanesische Beobachter vermuten dahinter Kalkül: Um die Unruhen einzudämmen, wurden Tausende libanesische Soldaten und Geheimdienstler nach Tripoli geschickt, die dort nun geflohene Syrer festnehmen. So versuchten am 17. Mai Militärs, den prominenten syrischen Aktivisten Abu Alaa in einem Krankenhaus in Tripoli zu verhaften. Auch Jordanien bemüht sich offenbar, Hilfe für die syrische Revolution zu unterbinden: Seit Ende voriger Woche dürfen selbst kleine Geldbeträge nicht mehr über die Grenze nach Syrien eingeführt werden.

HAITI

Ungeliebte Blauhelme

Schon seit 17 Jahren gibt es in dem Karibikstaat keine Armee mehr – nun drohen ehemalige Soldaten mit einem Aufstand, sollte die Regierung von Präsident Martelly die Streitkräfte nicht wieder einsetzen und die Blauhelme der Vereinten Nationen abziehen. Die Armeeangehörigen von einst haben bereits Militärbasen besetzt, sie trainieren und tragen Uniform. Nach eigenen Angaben haben sie 15 000 Mann unter Waffen, die Regierung hält diese Zahl jedoch für übertrieben. Haitis Opposition wirft dem Präsidenten vor, mit den paramilitärischen Truppen zusammenzuarbeiten. Martelly hatte sich mehrfach für die Wiedereinführung der Armee ausgesprochen. Er stößt allerdings auf massiven Widerstand bei den Vereinten Nationen und den internationalen Hilfsorganisationen, den wichtigsten Geldgebern des zerrütteten Landes. In Haiti sind rund 7500 Blauhelme stationiert, hinzu kommen 3000 Polizisten. Viele Haitianer empfinden die Uno-Streitmacht jedoch als lästige Besatzungsmacht. So wurden in den vergangenen Jahren mehrfach sexuelle Übergriffe von Uno-Soldaten auf Einheimische gemeldet. Nepalesische Blauhelme sollen zudem vor eineinhalb Jahren den Cholera-Erreger auf die Insel gebracht haben.

Ex-Soldat mit gefälschtem Armeeausweis

DIEU NALIO CHERY / AP